

**Niederschrift
zur Sitzung des Amtsausschusses des Amtes Geest und Marsch
Südholstein (öffentlich)**

Sitzungstermin: Mittwoch, den 21.08.2019

Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr

Sitzungsende: 21:24 Uhr

Ort, Raum: Gemeindezentrum Heidgraben, Uetersener Straße 8,
25436 Heidgraben

Anwesend sind:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jörg Behrmann	CDU	
Herr Bürgermeister Peter Bröker	CDU	
Frau Bürgermeisterin Ute Ehmke	GuB	
Herr Hauke Heidecke	FWM	
Frau Bettina Homeyer	CDU	
Herr Bürgermeister Uwe Hüttner	CDU	
Herr Bürgermeister Ernst-Heinrich Jürgensen	SPD	
Herr Thomas Kasimir	SPD	
Frau Jutta Kaufmann	FDP	
Herr Julius Körner	CDU	
Herr Marco Kuchler	FWH	
Herr Jochen Kuik	Bündnis90/DieGrünen	
Herr Walter Lorenzen	SPD	
Herr Bernd Lottmann	Fraktion Die Grünen Holm	
Herr Manfred Lüders	FWH	
Herr Hans-Peter Lütje	CDU	Amtsvorsteher
Herr Bürgermeister Jürgen Neumann	CDU	
Frau Heidrun Osterhoff	FDP	
Herr Georg Plettenberg	CDU	
Herr Bürgermeister Reinhard Pliquet	SPD	
Herr Bürgermeister Michael Rahn-Wolff	FW	
Herr Oliver Ringel	CDU	
Herr Gebhard Rühlow	GRÜNE	
Herr Bürgermeister Klaus-Dieter Sellmann	BfH	
Herr Michael Seus	CDU	
Herr Dietmar Voswinkel	SPD	

Außerdem anwesend

Frau Jennifer Jathe-Klemm	
Herr Dr. Frank Schoppa	BfH
Herr Kristian Warnholz	GRÜNE
Herr Jan-Christian Wiese	

Gäste

Herr Matthias Ludwig	BAD Gesundheitszentrum
Zuhörer	

Presse

Uetersener Nachrichten

Protokollführer/-in

Herr Frank Wulff

Verwaltung

Frau Nicole Förthmann

Personalratsvorsitzende

Herr Rainer Jürgensen

Amtsleiter

Frau Christine Neermann

Gleichstellungsbeauftragte

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bürgermeister Hans-Joachim Banaschak CDU

Herr Axel Mankel SPD

Herr André Thomßen CDU

Herr Bürgermeister Karl-Heinz Weinberg CDU

Herr Tobias Zeitler CDU

Herr Uwe Schölermann CDU

Die heutige Sitzung wurde durch schriftliche Ladung vom 07.08.2019 einberufen. Der Vorsitzende stellt fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung keine Einwendungen erhoben werden. Der Amtsausschuss ist beschlussfähig. Die Sitzung ist öffentlich.

Vor der Beratung über die Tagesordnung begrüßt Herr Lütje alle Anwesenden und erteilt Herrn E.-H. Jürgensen das Wort. Herr E.-H. Jürgensen begrüßt alle Anwesenden in den Räumlichkeiten der Gemeinde Heidgraben und berichtet über aktuelle Anliegen der Gemeinde. Anschließend richtet Herr Lütje im Namen des Amtsausschusses herzliche Genesungswünsche an Herrn Weinberg und bittet Herrn Plettenberg, ihm diese auszurichten.

Herr Heidecke beantragt, TOP 11 "Antrag auf Unterstützung der Initiative "Seebrücke schafft sicher Häfen"" von der Tagesordnung zu streichen. Es handle sich dabei um einen Antrag aus einer Fraktion der Gemeindevertretung Haseldorf, der somit kein Beratungspunkt des Amtsausschusses sei. Herr Rahn führt dazu aus, dass diese Angelegenheit bereits im Hauptausschuss vorberaten wurde. Auf Nachfrage von Herrn Heidecke, wie dieser TOP überhaupt in den Amtsausschuss gelangt sei, antwortet Herr Lütje, dass Flüchtlingsangelegenheiten grundsätzlich Angelegenheit des Amtes und nicht der einzelnen Gemeinden sind.

Über diesen Antrag zur Tagesordnung wird wie folgt abgestimmt:

1 Ja-Stimme, 2 Nein-Stimmen, 23 Enthaltungen

Herr Lütje teilt anschließend mit, dass über den TOP 15 "Personalangelegenheiten" nicht zu beraten ist, da keine Beratungspunkte vorliegen. Somit entfällt auch Top 16 "Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Sitzungsteil gefassten Beschlüsse".

Daraus ergibt sich folgende **Tagesordnung**:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Arbeitgeberpflichten im Bereich der Arbeitssicherheit; Vortrag durch Herrn Ludwig ,B.A.D Gesundheitsvorsorge und Sicherheitstechnik GmbH
2. Ehrung
3. Bericht des Amtsvorstehers
4. Bericht des Amtsdirektors
5. Einwohnerfragestunde
6. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung
7. Prüfung der Jahresrechnung 2018 und Feststellung des Ergebnisses für das Amt
Vorlage: 0127/2019/AMT/BV
8. Vorschlag für die Wahl zur stellv. Schiedsfrau im Schiedsbezirk Haselau/Haseldorf
Vorlage: 0119/2019/AMT/BV
9. Entscheidung über den Sitz des Amtes Geest und Marsch Südholstein
Vorlage: 0118/2019/AMT/BV
10. Reduzierung der Überstunden der Amtsverwaltung
11. Antrag auf Unterstützung der Initiative "Seebrücke" - schafft sicher Häfen
Vorlage: 0123/2019/AMT/BV
12. "Einheitsbuddeln" - Social media Kampagne zum Tag der Deutschen Einheit - Kiel 2./3. Oktober 2019
Vorlage: 0125/2019/AMT/BV
13. Kommunaler Strom aus regionaler regenerativer Energieerzeugung
Vorlage: 0126/2019/AMT/BV
14. Verschiedenes
- 14.1. Brücke Grüner Damm
- 14.2. Hohe Nitratbelastung im Grundwasser
- 14.3. Veranstaltungen der Gasunie Deutschland

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Arbeitgeberpflichten im Bereich der Arbeitssicherheit; Vortrag durch Herrn Ludwig ,B.A.D Gesundheitsvorsorge und Sicherheitstechnik GmbH

Herr Lütje begrüßt Herrn Ludwig von der BAD – Gesundheitsvorsorge und Sicherheitstechnik. Herr Ludwig hält einen Vortrag gemäß der **Protokollanlage 1**. Während des Vortrages stellt Herr Ludwig öfters heraus, welche wesentlichen Verantwortlichkeiten die Bürgermeister/innen und der Amtsdirektor für das Personal der Gemeinden und des Amtes tragen. Herr AD Jürgensen erläutert anschließend, dass zu den Haushaltsberatungen eine Stelle vorgeschlagen wird, welche sich mit dem erheblichen Aufwand bezüglich der Arbeitssicherheit und Vorsorge beschäftigen wird. Dazu gehört vor allem auch die ständige Überprüfung der in den Gefährdungsbeurteilungen festgestellten Inhalte. Das sei mit dem jetzigen Personal nicht zu schaffen und auch durch die Bürgermeister/innen selbst fachlich und zeitlich nicht zu erledigen.

Herr Sellmann fragt, wie sich die Verantwortlichkeiten bei der Nutzung von gemeindeeigenen Einrichtungen durch die Vereine darstellen. Herr Ludwig antwortet, dass die Herstellung der Verkehrssicherheit weiterhin in der Verantwortung der Gemeinde liegt.

Herr Seus fragt, wie die ganze Angelegenheit überhaupt zum Thema wurde. Herr AD Jürgensen antwortet, dass das bisherige Konstrukt in der Amtsverwaltung zur Betreuung der Thematik hinfällig war. Durch die Unfallkasse wurde das Amt darauf hingewiesen, dass rechtliche Vorgaben nicht oder nur unzureichend eingehalten werden.

zur Kenntnis genommen

zu 2 Ehrung

Herr Lütje ehrt Herrn Georg Plettenberg anlässlich seiner 25-jährigen Mitgliedschaft im Amtsausschuss. Herr Lütje dankt für den jahrelangen Einsatz zum Wohle des Amtes.

zur Kenntnis genommen

zu 3 Bericht des Amtsvorstehers

Herr Lütje berichtet gemäß **Protokollanlage 2**. Es ergibt sich kein Beratungsbedarf.

zur Kenntnis genommen

zu 4 Bericht des Amtsdirektors

Herr AD Jürgensen berichtet gemäß **Protokollanlage 3**. Es ergibt sich kein Beratungsbedarf.

zur Kenntnis genommen

zu 5 Einwohnerfragestunde

Es werden zu diesem Tagesordnungspunkt keine Fragen gestellt oder Anregungen gegeben.

zur Kenntnis genommen

zu 6 Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung

Zur Niederschrift der Sitzung des Amtsausschusses vom 07.05.2019 liegen keine Einwendungen vor.

zur Kenntnis genommen

**zu 7 Prüfung der Jahresrechnung 2018 und Feststellung des Ergebnisses für das Amt
Vorlage: 0127/2019/AMT/BV**

Herr AD Jürgensen berichtet zunächst gemäß **Protokollanlage 4**.

Herr Voswinkel verweist auf den Bestand der mobilen Flüchtlingshäuser und der untergebrachten Flüchtlinge in den Gemeinden des Amtes. Hier lasse sich eine ungerechte Verteilung erkennen, zumal in Moorrege kein mobiles Flüchtlingshaus aufgestellt ist. Das jetzt bestehende Defizit wäre so nicht vorhanden, wenn sich die Gemeinde Moorrege solidarischer gezeigt hätte und u.a. die zwei in Heist verbliebenen leerstehenden mobilen Flüchtlingshäuser in ihrem Gemeindegebiet untergebracht hätte.

Anschließend berichtet Herr Voswinkel über die erfolgte Prüfung der Jahresrechnung durch den zuständigen Ausschuss.

Beschluss:

Der Amtsausschuss beschließt, die Stellungnahme über die Prüfung der Jahresrechnung zur Kenntnis zu nehmen und stellt die Jahresrechnung 2018, die im Verwaltungshaushalt mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von je 6.740.705,19 € und im Vermögenshaushalt mit Einnahmen in Höhe von 243.249,17 € und Ausgaben in Höhe von 299.881,41 € abschließt, fest.

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 90 Nein: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0

zu 8 Vorschlag für die Wahl zur stellv. Schiedsfrau im Schiedsbezirk Ha-

Haselau/Haseldorf

Vorlage: 0119/2019/AMT/BV

Herr Lütje geht kurz auf die vorliegende Beschlussvorlage ein.

Beschluss:

Der Amtsausschuss beschließt, Frau Karin Fehland aus Haseldorf, Hauptstraße 43, erneut zur stellvertretenden Schiedsfrau für den Schiedsbezirk Haselau/Haseldorf zu wählen.

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 90 Nein: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0

zu 9 Entscheidung über den Sitz des Amtes Geest und Marsch Südholstein

Vorlage: 0118/2019/AMT/BV

Herr Lütje erläutert die Thematik anhand der vorliegenden Beschlussvorlage. Herr Kuik ist der Meinung, dass die Entscheidung über den Bau des neuen Amtshauses und die Entscheidung über den Verwaltungssitz zwei parallele Verfahren sind und somit zusammen hätten entschieden werden müssen. Herr Wulff antwortet, dass zwischen Verwaltungssitz und Amtssitz unterschieden werden muss. Der Verwaltungssitz könne durchaus in einer anderen Gemeinde als der Amtssitz sein. Die Amtsordnung gibt in § 1 Abs. 2 AO nur vor, dass das Innenministerium über den Amtssitz entscheidet. Die jeweiligen Entscheidungen sind somit zwei zu trennende Verfahren.

Herr Seus fragt, welche Auswirkungen es hat, wenn der Verwaltungssitz nicht dem Amtssitz entspricht. Herr Lütje antwortet, dass das grundsätzlich keine Auswirkungen hat.

Beschluss:

Der Amtsausschuss ist der Auffassung, dass die Gemeinde Heist als künftiger Ort der Verwaltung des Amtes Geest und Marsch Südholstein auch Sitz des Amtes werden soll. Gegen diese Entscheidung sprechen seitens des Amtsausschusses keine Gründe, die dem Sinn und Zweck der Amtsordnung widersprechen. Das Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein wird gebeten, entsprechend so zu entscheiden.

mehrheitlich beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 80 Nein: 10 Enthaltung: 0 Befangen: 0

zu 10 Reduzierung der Überstunden der Amtsverwaltung

Herr Lütje und Herr AD Jürgensen berichten von den ersten Diskussionen zu dieser Thematik in den Gemeindevertretungen und danken den Anwesenden dafür. Beide verweisen auf die Diskussion im vorangegangenen Hauptausschuss.

Frau Osterhoff möchte wissen, in welchen Gemeinden die Protokollführer/innen bereits jetzt als 450 €-Kräfte beschäftigt sind. Herr AD Jürgensen antwortet, dass das zurzeit in keiner Gemeinde der Fall ist. Im Hauptausschuss wurde nur über eine solche Variante berichtet, wie sie in einigen Ämtern des Landes praktiziert wird. Hierzu werden noch weitergehende Informationen erfolgen.

Der Hauptausschuss hat in seiner Sitzung am 13.08.2019 darum gebeten, alternative Möglichkeiten zur Verringerung des Aufwandes für die Sitzungsbegleitung und Nachbearbeitung aufzubereiten.

Herr Neumann führt aus, dass es aus Sicht des gesamten Amtes als positiv anzusehen ist, dass diese Thematik in allen Gemeinden und im Amt selbst diskutiert wird. Es dürfe aber nicht nur der Sitzungsdienst betrachtet werden. Der Aufwand für gemeindliche Veranstaltungen oder der Betrieb der Außenstellen wurde ebenfalls beziffert.

Herr Lottmann stellt dar, dass er gerne die Brisanz der Überstunden erkennen würde. Herr AD Jürgensen erläutert, dass die einzelnen Arbeitsverträge feste Arbeitszeiten beinhalten. Stundenaufbau solle grundsätzlich nur dann erfolgen, wenn er gefordert und unerlässlich sei. Stundenaufbau muss aber auch wieder zeitnah abgebaut werden. Das sei aus Zeitgründen schlichtweg nicht möglich. Frau Förthmann ergänzt, dass der Aufbau von Überstunden eine Kann-Bestimmung ist. Es könnte auch so aussehen, dass keine Überstunden aufgebaut werden, nur dann würden die Aufgaben nicht zeitnah und zufriedenstellend bearbeitet werden können.

Herr Rühlow berichtet von der Prüfung der Jahresrechnung 2018. Dabei habe er festgestellt, dass die Haushaltsführung mit einem sehr hohen Aufwand erfolge. Herr AD Jürgensen erklärt dazu, dass die Gemeindehaushaltsverordnung und die Gemeindekassenverordnung Vorgaben machen, die eine solche aufwendige Haushaltsführung vorgeben.

Der Amtsausschuss ist sich einig, diese Thematik weiterhin intensive zu betrachten. Die Verwaltung wird gebeten, alternative Möglichkeiten zur Verringerung des Aufwandes für die Sitzungsbegleitung und Nachbearbeitung aufzubereiten.

zur Kenntnis genommen

zu 11 Antrag auf Unterstützung der Initiative "Seebrücke" - schafft sicher Häfen

Vorlage: 0123/2019/AMT/BV

Herr Lütje geht zunächst auf den Hauptausschuss vom 13.08.2019 ein und ist der Meinung, dass dieser Antrag in diesem Gremium abschließend zu

beraten ist und nicht weiter in den einzelnen Gemeindevertretungen. Die Abgabe einer solchen Erklärung hält er grundsätzlich nicht für erforderlich.

Herr Lorenzen sieht die Initiative als sinnvoll an. Ein solcher Beschluss könne als Druck auf die Bundesregierung angesehen werden. Das Amt sollte hier beispielhaft ein Signal setzen. Auch Herr Pliquet würde diesen Antrag unterstützen, was als symbolisches Zeichen zu werten wäre.

Herr Körner stellt dar, dass es sich um eine Bundesaufgabe handelt, mit der sich gemeindliche Gremien gar nicht zu beschäftigen haben. Symbole seien bei dieser Thematik nicht hilfreich. An diese Thematik dürfe man nicht politisch-ethisch herangehen, sondern verantwortlich-ethisch.

Herr Rahn-Wolff vermisst eine sachliche Einführung des Vorsitzenden. Die Einführung erfolgte stattdessen mit einer persönlichen Meinung. Der Beschluss wäre ein Zeichen der politischen Verantwortlichen. Er empfiehlt, der Entscheidung des Hauptausschusses zu folgen. Herr Lütje weist den Vorwurf der unsachlichen Einführung zurück und verweist auf seine Ausführungen zum Hauptausschuss.

Anschließend wird wie folgt über die Empfehlung des Hauptausschusses abgestimmt:

Beschluss:

Der Amtsausschuss beschließt, die gemeindlichen Gremien zu beteiligen, um ein Stimmungsbild aus den Gemeinden zu erhalten.

Abstimmungsergebnis:

35 Ja-Stimmen, 51 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen

Herr Heidecke erklärt, dass dieses Verfahren so nicht rechtlich zulässig sei. Nur weil in einer Gemeindevertretung eine Fraktion einen Antrag stellt, würde dieser nicht automatisch in die Gremien des Amtes gelangen. Herr AD Jürgensen erklärt, dass die Gemeindevertretung den Amtsausschuss gebeten hat und der Vorsitzende berechtigt entschieden hat, diesen Antrag auf die Tagesordnung des Amtsausschusses zu setzen.

Anschließend wird über den Antrag der Gemeinde Haseldorf wie folgt abgestimmt:

Beschluss:

Das Amt Geest und Marsch Südholstein unterstützt wie andere zahlreiche Gemeinden und Städte die Initiative "Seebrücke – schafft sichere Häfen". Der Amtsausschuss begrüßt ausdrücklich, dass sich auch das Land Schleswig-Holstein bereit erklärt hat, aus Seenot gerettete Menschen aufzunehmen und dafür finanzielle Mittel bereitstellt. Auch das Amt Geest und Marsch Südholstein ist bereit, freiwillig Geflüchtete aufzunehmen. Deshalb erklärt sich das Amt Geest und Marsch Südholstein offiziell zum sicheren Hafen für Geflüchtete.

Der Amtsausschuss des Amtes Geest und Marsch Südholstein appelliert an die Bundesregierung, sich weiterhin und verstärkt für die Bekämpfung der Fluchtursachen einzusetzen, insbesondere für eine gerechtere und effektivere Entwicklungshilfe- und Klimaschutzpolitik, dafür, dass die Menschen auf dem Mittelmeer gerettet werden und gerecht und menschenwürdig in Europa verteilt werden.

mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis: Ja: 37 Nein: 49 Enthaltung: 4

**zu 12 "Einheitsbuddeln" - Social media Kampagne zum Tag der Deutschen Einheit - Kiel 2./3. Oktober 2019
Vorlage: 0125/2019/AMT/BV**

Der Geschäftsführer des Landesverbandes Schleswig-Holstein im Bund deutscher Baumschulen (BdB) e.V., Herr Dr. Frank Schoppa, erhält das Wort und stellt das Projekt "Einheitsbuddeln" vor. Diese Kampagne soll dazu dienen, ein Ritual zum Tag der Deutschen Einheit zu entwickeln. Er berichtet über die Entstehung des Projekts und hofft auf ein beispielhaftes Vorgehen der Entscheidungsträger in den Gemeinden.

Herr Plettenberg erklärt, dass sich die Gemeinde Moorrege beteiligen wird, da das aufgrund der bisherigen Öffentlichkeitswahrnehmung auch so erwartet werde.

Herr Lütje schlägt vor, für das Amt einen Baum in der Gemeinde Appen anlässlich des Gemeindejubiläums zu pflanzen. Die Mitglieder des Amtsausschuss begrüßen diesen Vorschlag.

zur Kenntnis genommen

**zu 13 Kommunalen Strom aus regionaler regenerativer Energieerzeugung
Vorlage: 0126/2019/AMT/BV**

Herr AD Jürgensen berichtet gemäß **Protokollanlage 5**. Demnach bezieht das Amt bereits kommunalen Strom aus regenerativen Quellen. Herr Neumann ergänzt, dass auch die Gemeinden selbst die Möglichkeit haben, über energieeffiziente und klimaneutrale Stromversorgung nachzudenken, so z.B. durch Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Einrichtungen.

zur Kenntnis genommen

zu 14 Verschiedenes

zu 14.1 Brücke Grüner Damm

Herr Voswinkel fragt, ob es einen neuen Sachstand zur Brücke Grüner Damm gibt. Herr Sellmann antwortet, dass es keine Brücke mehr gibt. Zur Herrichtung einer neuen Brücke gibt es noch keine konkreten Aussagen

bezüglich einer Bezuschussung. Sollte es keine Zuschüsse geben, wird es eine neue auf Fußgänger und Fahrräder beschränkte Fertigbrücke geben. Herr Neumann bittet die Gemeinde Haseldorf, bezüglich der Bezuschussung nachzufragen.

zur Kenntnis genommen

zu 14.2 Hohe Nitratbelastung im Grundwasser

Herr Kasimir erläutert, dass die aktuellen Untersuchungen zu den Nitratwerten im Grundwasser nach wie vor in einigen Regionen eine zu hohe Belastung aufweisen. Von den 50 Orten in Deutschland mit der höchsten Nitratbelastung im Grundwasser befinden sich vier in Schleswig-Holstein, davon 2 im Kreis Pinneberg. Heidgraben ist dabei mit 126 Milligramm je Liter. Der Grenzwert beträgt laut Grundwasser- und Trinkwasserverordnung 50 Milligramm Nitrat je Liter Wasser. Ein wesentlicher Grund dafür seien Düngemittel, gerade aus dem Bereich der Baumschulen.

Herr E.-H. Jürgensen antwortet, dass die Gemeinde Heidgraben das Grundwasser aus dem Brunnen in Uetersen erhält und dieses ständig durch die Stadtwerke Tornesch überprüft werde. Die Trinkwasserversorgung sei davon aber zu unterscheiden, die grds. nicht betroffen sei.

zur Kenntnis genommen

zu 14.3 Veranstaltungen der Gasunie Deutschland

Herr Rahn-Wolff weist auf die Informationsveranstaltungen der Gasunie Deutschland hin, z.B. am 28.08.2019 im Haseldorfer Hof. Er hofft auf eine rege Beteiligung der betroffenen Gemeinden.

Herr Lütje bedankt sich anschließend bei allen Anwesenden und schließt die Sitzung des Amtsausschusses um 21.24 Uhr.

zur Kenntnis genommen

Für die Richtigkeit:

Datum: 06.01.2020

(Hans-Peter Lütje)
Vorsitzender

(Frank Wulff)
Protokollführer